

**Erklärung zur Drucksache DS0384/11  
„Haushaltsgenehmigung 2011“**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,  
werte Gäste,

am gestrigen Tag war auf Seite 1 der „Volksstimme“ unter der Überschrift „Trümper ruft zu Boykott auf“ zu lesen, dass der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg zum offenen Widerstand gegen Anordnungen des Landesverwaltungsamtes aufruft und dem Stadtrat empfiehlt Anordnungen des Landesverwaltungsamtes zu boykottieren.

In der Tat gehört es zu den absoluten Ausnahmen, dass sich der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg mit einer Vorlage befassen muss, deren Kern die **Nichterfüllung** von Auflagen des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt zum Inhalt hat.

Erschreckend ist aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. nicht die Tatsache und auch nicht die Form in der Oberbürgermeister Dr. Trümper seiner Amtspflicht zur Schadensabwendung von der Landeshauptstadt Magdeburg nachkommt. Erschreckend ist aus unserer Sicht die Reaktion des Landesfinanzministeriums welche die „Volksstimme“ aus dem Mund eines Finanzministeriumssprechers zitiert:

(Zitat: Volksstimme v. 21.09.2011 S. 1)

„Der Stil von Herrn Trümper ist nach wie vor nicht gut. Das öffentliche Getöse ist störend“ Das Finanzausgleichsgesetz hat einige Fehler, die ausgemerzt werden müssen. Das geht aber nicht so schnell wie sich das Herr Trümper wünscht.“

Es ist also nach Ansicht des Landes „störend“, wenn sich der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg in Erfüllung seiner dienstlichen Obliegenheiten in der Öffentlichkeit zu Fragen der Einhaltung der Landesverfassung in Verbindung mit dem Finanzausgleichsgesetz, mit einer aus

Sicht der Fraktion DIE LINKE in jeder Weise gebotenen Deutlichkeit und Nachdrücklichkeit zu Wort meldet.

Als Fraktion DIE LINKE. müssen wir angesichts solcher Äußerungen aus einer Landesbehörde mit großer Besorgnis fragen:

Wie groß muss denn eigentlich die Schieflage im Bereich der kommunalen Finanzen im Land Sachsen-Anhalt noch werden, um die für den Finanzausgleich gegenüber den Städten- und Gemeinden in Sachsen-Anhalt verantwortliche CDU-SPD-Landesregierung zu bewegen, die Stimmen der Kommunen zu erhören und endlich die in Artikel 88 der Landesverfassung garantierte, angemessene d.h. lage- und aufgabenbezogenen Finanzausstattung der Kommunen sicherzustellen?

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE. hat in den zurückliegenden Jahren trotz erheblicher Bedenken und deutlicher Mahnungen, den vom Landesverwaltungsamt geforderten und vom Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg demokratisch beschlossenen Haushaltskonsolidierungskurs mitgetragen.

Wir haben dies auch in der Überzeugung getan, dass nur ein solider, ausgeglichener Haushalt Gewähr dafür bietet, auch in Zukunft nachhaltig die vielfältigen Aufgaben unseres Gemeinwesens auf der Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung erfüllen zu können, soziale Problemlagen zu beseitigen, der Wirtschaft und der Kultur den Boden für Entwicklung und Investitionen ebenen zu können.

Unsere gemeinsamen Sparanstrengungen die im Wesentlichen durch, Streichungen, Kürzungen und Zurückstellung sogenannter Freiwilliger Aufgaben der Stadt und durch erhebliche Einschränkungen der Investitionstätigkeit erreicht wurden, werden mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf des FAG vom 02.08.2011 in einer nicht mehr hinnehmbaren Weise konterkariert.

Wir müssen es eigentlich noch deutlicher sagen:

Man kann es im Grunde genommen nur noch als absurd bezeichnen, wenn das Statistische Landesamt, als Grundlage für den FAG-Entwurf, im Bedarfsermittlungsansatz Haushaltskonsolidierungserfolge als Begründung für zukünftige Minderzuweisungen heranzieht und dessen nicht genug, den vom Land verfügbaren gleichzeitigen Abbau kameraler Altfehlbeträge nicht als notwendige Ausgabe berücksichtigt.

Vor dem Hintergrund solcher „Rechenkünste“ wird in der Begründung zur Drucksache DS0384/11 als Fazit vollkommen zu Recht die weitgehende Aufgabe der Kommunalen Selbstverwaltung und das drohende Abgleiten vieler Kommunen in die Schuldenfalle kritisiert.

Wir unterstützen die hinter der Drucksache DS0384/11 stehenden Intentionen - die CDU-SPD Landesregierung und das Landesparlament mit dem gebotenen Nachdruck aufzufordern, die seit Jahren bekannten und bisher nicht gelösten Probleme der Finanzausstattung der Kommunen, so auch der Landeshauptstadt Magdeburg, unverzüglich in einem landesverfassungskonformen Finanzausgleichsgesetz, bezüglich seiner Berechnungsgrundlagen, zu regeln.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, die Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg möchte Sie ausdrücklich in dem von Ihnen eingeschlagenen Weg der öffentlichen Auseinandersetzung gegen die drohenden Entwicklungen der Finanzlage der Landeshauptstadt Magdeburg unterstützen.

Wir machen dies vor allem aber auch um zu verhindern, dass die in Punkt 3 der Drucksache DS0384/11 zur Beschlussfassung stehenden, notwendigen drastischen Einschränkungen im Bereich freiwilliger, zumeist sozialer und kultureller Leistungen der Landeshauptstadt, zu keinem Zeitpunkt umgesetzt werden müssen.

Wir werden uns auch in Zukunft mit all den uns zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen wehren, dass eine verfehlte Finanzpolitik des Landes Sachsen-Anhalt auf dem Rücken und zu Lasten der Bürgerinnen und Bürgerinnen und Bürger ausgetragen wird.

Wir lassen uns als Kommune nicht vom Land Sachsen-Anhalt in die Verschuldung treiben, um dessen Null-Verschuldung zu erhalten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

Frank Theile  
Fraktionsvorsitzender